

Informationen zur Datenverarbeitung durch die Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) bei Beschaffungsaufträgen / öffentlichen Ausschreibungen

1. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten

Die Beteiligung an Vergabeverfahren erfolgt durch Einreichung von Teilnahmeanträgen, Angeboten und Interessenbekundungen und bedarf der Mitwirkung der beteiligten Unternehmen oder Personen, insbesondere durch die Bereitstellung der unter Nr. 2 genannten Daten.

Die JGU nutzt in diesem Zusammenhang personenbezogene Daten zur Kommunikation mit den Bewerberinnen/Bieterinnen oder Bewerbern/Bietern sowie zur Bewertung der Eignung (Fachkunde und Leistungsfähigkeit) derselben und zur Bewertung der Angebote (vgl. §§ 122, 127 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Rechtsgrundlage ist die Erfüllung der rechtlichen Pflicht zur Eignungs- und Angebotsprüfung vor Erteilung eines Zuschlages durch die Vergabestelle gemäß Art. 6 Abs. 1 S.1 lit. c) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) i. V. m. § 122 GWB.

2. Art der verarbeiteten Daten

Verarbeitet werden hier

- Kontaktdaten von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bieterin oder des Bieters (z.B. Name, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse).

3. Aufbewahrung und Löschung der Daten

Teilnahmeanträge, Angebote und Interessenbekundungen werden unabhängig von einem Vertragsschluss mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufbewahrt gemäß § 8 Abs. 4 Vergabeverordnung, § 6 Abs. 2 Unterschwellenvergabeordnung, § 6 Abs. 3 Konzessionsvergabeverordnung. Die Angebotsunterlagen, welche zu einem Vertragsschluss führen werden für 6 Jahre aufbewahrt gemäß § 147 Abs. 3 Abgabenordnung und die Dokumentation des Vergabeverfahrens wird für 10 Jahre aufbewahrt gemäß Nr. 10 Beschaffungsrichtlinie JGU.

Anschließend werden die Dokumente vernichtet bzw. gelöscht.

4. Datenempfänger

Die JGU bedient sich ggf. externer Dienstleister und wird diesen zur Erfüllung ihrer Tätigkeiten, falls erforderlich, auch personenbezogene Daten zugänglich machen. Externe Dienstleister werden i.d.R. eingesetzt:

- zum Betrieb der elektronischen Vergabeplattform

Die Dienstleister dürfen die personenbezogenen Daten ausschließlich im Auftrag der JGU und nicht zu eigenen Zwecken verarbeiten und müssen die Daten vertraulich behandeln.

5. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der DS-GVO auf Antrag folgende Rechte:

- Auskunft über die gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung Art. 15 DS-GVO
- Berichtigung falscher Daten Art. 16 DS-GVO
- Löschung von Daten unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO
- Einschränkung der Verarbeitung Art. 18 DS-GVO

- Widerspruch gegen eine künftige Verarbeitung Art. 21 DS-GVO
- Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde Art. 13 Abs. 2 lit. d) DS-GVO

Die für die JGU zuständige Aufsichtsbehörde ist der:

Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449

Telefax: +49 (0) 6131 208-2497

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

6. Kontaktdaten

Verantwortlicher i.S.d. DS-GVO für die Datenverarbeitung ist die:

Johannes Gutenberg-Universität Mainz,

vertreten durch den Präsidenten

Herrn Univ.-Prof. Dr. Georg Krausch

Saarstraße 21

55122 Mainz

Tel: +49 (0) 6131-39-0

Fax: + 49 (0) 6131-39-20709

E-Mail: praesident@uni-mainz.de

Beauftragter für den Datenschutz an der JGU ist:

Herr Nils Hammerle

Stabsstelle Recht

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Saarstraße 21

55122 Mainz

Tel: +49 (0) 6131 -39-20065

E-Mail: hammerle@uni-mainz.de